

Geschichte der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Max Plassmann und Karoline Riener

Die ersten Jahre der Universität Düsseldorf (1965-1970) – Von der „schleichenden“ Gründung bis zum Namensstreit

Die Erforschung des Menschen „in seiner materiellen, biologischen, seelischen, geistigen und kulturellen Wirklichkeit“¹ sei das auf Interdisziplinarität ausgelegte Programm der 1965 gegründeten Universität Düsseldorf, schrieb Alwin Diemer, Rektor von 1968 bis 1970 und wichtige Gestalt der Gründerjahre der heutigen Heinrich-Heine-Universität, um die es im Folgenden gehen soll. Es ist lohnend zu verfolgen, wie dieser moderne Ansatz in Zeiten großer Konflikte und Reformbestrebungen im deutschen Hochschulwesen umgesetzt wurde, wie eine neue Universität aus der Keimzelle einer Medizinischen Akademie entstand und sich daran machte, ihren Platz in der Hochschullandschaft einzunehmen und zu behaupten.²

In den frühen 1960er Jahren sah sich das Gesundheitssystem der Bundesrepublik mit einem erheblichen Ärztemangel konfrontiert, dem man nur durch einen forcierten Ausbau der Ausbildungskapazitäten entgegensteuern konnte. Die Medizinische Akademie Düsseldorf, die sich nicht allein schon lange als wichtige Ausbildungsstätte für Mediziner in den klinischen Semestern profiliert hatte, sondern sich ebenfalls schon länger um eine Ausweitung ihres Lehrangebots auf die vorklinischen Semester bemühte,³ geriet dabei wie selbstverständlich in den Blick des Wissenschaftsrates, der ihren Ausbau zu einer Universität empfahl.⁴

Auch die Landesregierung hatte den Ausbau der Akademie ins Auge gefasst. 1962 wurde die zuvor städtische Akademie in staatliche Finanzierung übernommen.⁵ Die weitere Förderung durch das Land konnte seitdem erwartet werden. Konkret wurden die Planungen aber erst im Mai 1964, als der Kultusminister Paul Mikat in einer außerordentlichen

¹ Universitätsarchiv Düsseldorf 7/ 4, 397: Alwin Diemer, „Entwurf eines Berichts über den Aufbau der Universität Düsseldorf“, o.D. [1966/67].

² Zur Orientierung unverzichtbar: Schadewaldt (1966) und (1973) sowie Hüttenberger (1986).

³ Vgl. Plassmann (2002).

⁴ Bundesarchiv Koblenz B 247, 16: Empfehlung Gründungsausschuss des Wissenschaftsrates, 19.5.1961.

⁵ Vgl. Düwell (1996: 18).

Sitzung des Akademischen Rates über Ausbaumöglichkeiten sprach.⁶ Demnach herrschte Konsens, die Medizinische Akademie zu einer Universität mit einer Medizinischen, einer Mathematisch-Naturwissenschaftlichen und einer Philosophischen Fakultät auszubauen. Der Minister vertrat dabei den Plan einer „schleichenden Gründung“;⁷ die er als Gegensatz zur „Verwirklichung eines großen Universitätsplanes“⁸ verstand. Für einen solchen benötige man langfristig finanzielle und personelle Planungssicherheit, die angesichts der Haushaltslage nicht gegeben sei. Das Konzept einer „schleichenden Gründung“ war also die Reaktion auf das Fehlen von Mitteln, die neue Universität in einem großen Wurf auszubauen. Viel mehr als einen bloßen Namenswechsel mit der Zusage, langsam aber sicher den Etat und die Stellen für die neuen Fakultäten bereitzustellen, konnte die Akademie politisch zunächst nicht erreichen. Vor allem aus dieser Einsicht heraus stimmte der Akademische Rat den Vorschlägen dennoch zu. Nun machte sich Mikat daran, sein Konzept der Universitätsgründung umzusetzen, was sich bis zum Ende des folgenden Jahres hinzog.

Im November 1965 besuchte eine Abordnung des Wissenschaftsrates die Medizinische Akademie, die jetzt kurz vor der Umwandlung in eine Universität stand. Diese kam trotz der jahrelangen Vorüberlegungen zum 16. November 1965 letztlich so überraschend, dass kein systematischer Aufbauplan bestand, den man in den kommenden Jahren hätte umsetzen können. Vielmehr hatte umgekehrt, wie die Begehungsgruppe des Wissenschaftsrates feststellte, erst der „Beschluss, die Medizinische Akademie zur Universität auszubauen, [...] eine Vielzahl von Planungsüberlegungen zur Folge“⁹. Die starke Erweiterung der Medizinischen Fakultät sowie der fast völlige Neuaufbau einer Naturwissenschaftlichen und einer Philosophischen Fakultät liefen also parallel zur Planung dieses Prozesses ab.¹⁰ Noch im März 1965 wusste das Kuratorium der Medizinischen Akademie nur von Andeutungen des Kultusministeriums, „in Kürze einen Kabinettsbeschluss dahingehend herbeizuführen“¹¹, eine Philosophische Fakultät aufzubauen. Um einen in aller Ruhe geplanten Akt handelte es sich dabei also keineswegs, zumal auch im Vorgespräch zwischen Mikat und Akademischem Rat 1964 von den Geisteswissenschaften mehr perspektivisch als konkret die Rede gewesen war. Insbesondere aufgrund der unklaren Vorstellungen, die bezüglich dieser neuen Philosophischen Fakultät vorgetragen wurden, empfahl der Wissenschaftsrat, ihren Aufbau zurückzustellen, sich also zunächst voll und ganz der Medizin und den Naturwissenschaften zu widmen. Diesem völligen Verzicht auf die Geisteswissenschaften setzte Düsseldorf ein Konzept der „Ecklehrstühle“¹² entgegen, von denen ausgehend die Philosophische Fakultät nach und nach entstehen sollte. Konkret dachte man an zunächst 13 geisteswissenschaftliche Lehrstühle, die bis 1970 einzurichten seien. Weitere 17 Lehrstühle sollten bis 1982 folgen. Gleichzeitig trug man dem Wissenschaftsrat die offensichtlich realitätsferne Vorstellung vor, erst 1978 die Zahl von 190 Studierenden geistes-

⁶ Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 2, 149: Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Akademischen Rates am 25.5.1964.

⁷ Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 2, 149: Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Akademischen Rates am 25.5.1964.

⁸ Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 2, 149: Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Akademischen Rates am 25.5.1964.

⁹ Bundesarchiv Koblenz B 247, 29: Vermerk der Begehungsgruppe, 14.2.1966.

¹⁰ Vgl. Gattermann (2000: 19).

¹¹ Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 2, 76: Protokoll Kuratorium, 24.3.1965.

¹² Bundesarchiv Koblenz B 247, 29: Vermerk der Begehungsgruppe, 14.2.1966.

wissenschaftlicher Fächer zu erreichen. Kurz: Form und Umfang des Aufbaus der Philosophischen Fakultät lagen noch weitgehend im Dunkeln, als der Startschuss fiel.

Konkreter äußerte man sich zu den Planungen im medizinischen Bereich, wobei man auf Überlegungen der vorhergehenden Jahre zurückgreifen konnte. In drei Stufen sollte hier bis 1975 eine Zahl von 1.960 Studierenden erreicht werden, die von 45 Lehrstühlen betreut werden sollten. An zusätzlichen Schwerpunkten – neben den bisher gepflegten wie Kardiologie oder Endokrinologie – sollten Aphasie, Neonatologie und ein Zentrum für Verbrennungskrankheiten gefördert werden, womit der wissenschaftliche Schwerpunkt der Universität insgesamt mittelfristig allein bei der Medizin lag, die aber vorerst auch allein dazu in der Lage war, überhaupt derartige Schwerpunkte zu pflegen.¹³ Der Ausbau der Naturwissenschaften, bei dessen Planung ebenfalls auf frühere Überlegungen zurückgegriffen werden konnte,¹⁴ sollte in vier Stufen bis 1982 erfolgen. Für jenes Jahr rechnete man mit 1.800 Studierenden und 35 Lehrstühlen. Dass diese Zahlen – maximal wurden 5.000 Studierende erwartet – dem Druck der Studienanfänger der kommenden Jahrzehnte nicht standhalten konnten, ist den Planern des Jahres 1965 kaum vorzuwerfen. Diese – aus heutiger Sicht – Fehleinschätzung ist neben der sich zum Teil überschlagenden hochschulpolitischen Entwicklung auch dem Konzept der „schleichenden Gründung“ geschuldet, deren markantestes Merkmal ja gerade das Fehlen eines Plans aus einem Guss war. Bewusst wurde in Düsseldorf auf die Etablierung eines Gründungsausschusses verzichtet, der ein Konzept für den Aufbau ausgearbeitet hätte. Insofern bildete das Düsseldorfer Beispiel durchaus einen Sonderfall, der vor allem in den finanziellen Rahmenbedingungen seine Begründung fand: Die Landesregierung hätte voraussichtlich keiner Festlegung großer finanzieller Mittel auf den Standort Düsseldorf zugestimmt, die mit der Billigung eines feststehenden Ausbauplanes verbunden gewesen wäre. Daher war es notwendig, kleine Schritte zu machen, für jede Ausbaustufe Einzelanträge zu stellen und auf günstige Gelegenheiten zu warten, um größere Schritte voranzukommen.¹⁵

Die „schleichende Gründung“ war also der einzige politisch durchsetzbare Weg zur Universitätsgründung, aber mit nicht unerheblichen Nachteilen verbunden. Die verfügbaren Mittel hinkten von Beginn an dem Bedarf hinterher, wodurch immer wieder Planungen über den Haufen geworfen und Provisorien eingerichtet werden mussten. Als z. B. mit der Berufung von Erwin Kreyszig das Mathematische Institut ins Leben gerufen wurde, existierte dieses vorerst räumlich nur virtuell: Die Universitätsverwaltung gab gegenüber der Presse an, dass das Institut noch nicht untergebracht sei und Kreyszig daher von Zeit zu Zeit telefonisch seinen Aufenthaltsort bekannt gebe.¹⁶ Der Bau der benötigten Gebäude auf dem heutigen Campus war in mehreren Schritten bis 1982 geplant und sollte von einem auf 25 Jahre angelegten Ausbauprogramm der bis 1973 noch städtischen Kliniken begleitet werden. Zunächst aber waren die meisten neu gegründeten Institute und Seminare noch jahrelang über Düsseldorf verteilt in angemieteten Räumen untergebracht,¹⁷ etwa in der Kavalleriestraße, in der Ulenbergstraße, in der Mettmanner Straße, in der Cecilienallee und im DAG-Haus an der Haroldstraße.

¹³ Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 6, 89: Aktenvermerk Rektorat, 22.1.1965.

¹⁴ Vgl. Schadewaldt (1966: 136f.).

¹⁵ Vgl. Gattermann (2000: 23).

¹⁶ Vgl. *Düsseldorfer Nachrichten* vom 31.8.1967.

¹⁷ Universitätsarchiv Düsseldorf 7/ 4, 443: Aktenvermerk Staatshochbauamt, 31.8.1967 (mit anliegenden Plänen).

Die junge Universität musste sich also mit großer Flexibilität und Kreativität auf die schwierige Zeit der Provisorien und des ständigen, mit immer neuen Planungsänderungen verbundenen Aufbaus einstellen, um den Herausforderungen gewachsen zu sein. Dass sich dabei manche Erwartung nicht erfüllte, steht auf einem anderen Blatt. Es kam beispielsweise nicht zur Einrichtung eines Lehrstuhls für Homöopathie oder eines Instituts für Friedenspädagogik,¹⁸ was zeigt, dass bei aller Flexibilität der Ausbau nicht ungesteuert verlief. Das war allein schon wegen der konkurrierenden Ansprüche der Fächer auf die Jahr für Jahr neu einzurichtenden Stellen notwendig, denn alle Wünsche konnten nicht befriedigt werden. So gab es für 1968 Bedarfsanmeldungen für zwölf H 1a-Dozenturen bei drei verfügbaren Stellen, und Bedarfsanmeldungen für 79 H 1-Assistenzen standen 27 Stellen gegenüber.¹⁹ Das zu enge Korsett des Stellenplans behinderte den Ausbau der Universität also nicht unbeträchtlich. Doch Personal nutzte wenig ohne die Gebäude für seine Unterbringung. Auch deren Bau verzögerte sich immer wieder stark, weil die beantragten Mittel nicht oder nicht schnell genug zur Verfügung standen. Erst im September 1967 wurde der erste Spatenstich im neu zu erschließenden Südbereich des Campus gefeiert. Ob, wie es bisweilen in der lokalen Presse angedeutet wurde, der Ausbau Düsseldorfs bewusst zugunsten der völligen Neugründungen Bochum und Bielefeld vernachlässigt wurde,²⁰ kann hier nicht geklärt werden. Möglicherweise wirkte sich die Gründung Düsseldorfs als Ausbau einer schon lange vorhandenen Keimzelle negativ aus, denn die Erweiterung einer bestehenden Einrichtung war weder so prestigeträchtig noch mit so unabweisbar notwendigen Investitionen verbunden, wie eine Gründung auf der grünen Wiese.

Trotz allem schritt jedoch der Ausbau in den ersten Jahren kontinuierlich mit immer neuen Berufungen in allen Fakultäten voran.²¹ Die „schleichende“ Form der Universitätsgründung erwies sich dabei nicht nur als nachteilig. Denn dem Nachteil der mangelnden Planungssicherheit kann man den Vorteil großer Flexibilität entgegenhalten, mit der die noch junge Universität den hochschulpolitischen Entwicklungen der ersten Jahre begegnen konnte. Es gab in vielen Bereichen noch keine verkrustete Hochschulverfassung, die wie anderswo in schweren Auseinandersetzungen den Erfordernissen der neuen Zeit angepasst werden musste.²² Weder die Universität insgesamt noch die einzelnen Fakultäten oder auch die Studierendenschaft verfügten 1966 über eine Satzung, Verfassung oder Grundordnung, die der neuen Lage entsprochen hätte. Die Diskussion insbesondere über die Verfassung der Universität insgesamt wurde jedoch zunächst zurückgestellt. Sie zu führen, wäre angesichts der noch unklaren Vorstellungen über die zu erreichende Struktur tatsächlich zu diesem Zeitpunkt verfrüht gewesen. Sie war auch zunächst nicht nötig, da es sich bei der Universitätsgründung ja formal nur um die Umbenennung und Erweiterung einer seit langem bestehenden Hochschule handelte, deren Normen und Verfahrensordnungen folglich weiterhin Gültigkeit hatten. Mit diesem Argument konnte man die Verfassungsdiskussion bis 1968/70 verschieben, obwohl sehr schnell deutlich wurde, dass insbesondere Verfahrensordnungen, die in der noch kleinen Medizinischen Akademie funktionierten, unter den sich rasch verändernden Verhältnissen einer wachsenden Universität mit mehreren Fakultäten an die Grenzen ihrer reibungslosen Umsetzbarkeit stießen.

¹⁸ Vorschläge und Anträge dazu in: Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 5, 23 und 30 und 188.

¹⁹ Alle Zahlen nach einer Aufstellung aus dem Jahr 1967, Universitätsarchiv Düsseldorf 7/ 4, 395.

²⁰ So z. B. *Rheinische Post* vom 20.9.1967 und *Düsseldorfer Nachrichten* vom 20.9.1967.

²¹ Siehe dazu die Übersicht bei Schadewaldt (1973: 126-165).

²² Universitätsarchiv Düsseldorf 4/ 3, 132; Protokoll Philosophische Fakultät, 15.4.1969.

Auch die Fakultäten und die einzelnen Institute gaben sich erst nach und nach Satzungen und Geschäftsordnungen. Dabei war durchaus Spielraum für Ansätze, die Forderungen, die andernorts an die Demokratisierung der Hochschulstruktur gerichtet wurden, gar nicht erst entstehen ließen oder ihnen die Spitze nahmen.²³ Auf der anderen Seite – darauf wies Peter Hüttenberger schon 1986 hin – verhinderte der Traditionskern der „alten“ Medizinischen Fakultät ein Überborden der Reformideen im Anschluss an „Modetorheiten“²⁴ der späten 1960er Jahre, so dass die Universität Düsseldorf mit ihrer Verbindung von Alt und Neu strukturell besser als manche nur alte oder nur junge Hochschule dazu geeignet war, die Probleme dieser Zeit zu meistern.

Da zunächst die Zahl der natur- und geisteswissenschaftlichen Lehrstühle gering war, wurden sie von 1966 bis 1969 in einer kombinierten Naturwissenschaftlichen-Philosophischen Fakultät zusammengefasst. Als Dekan zeichnete der Physiker Jan van Calker verantwortlich. In der Praxis ergab sich ein kollegiales Miteinander mit dem Philosophen Alwin Diemer, der in Fragen des geisteswissenschaftlichen Teils der Fakultät federführend wurde. Diese Konstellation begünstigte den interdisziplinären Ansatz, wie ihn Diemer mit der Fokussierung der Tätigkeit der Wissenschaften aller Zweige auf die gemeinsame Frage nach dem Menschen und seinen materiellen, geistigen und körperlichen Lebensumständen umschrieben hatte. Ganz allgemein erwies sich das anfangs sehr enge Miteinander von Natur- und Geisteswissenschaftlern in einer einzigen Fakultät als fruchtbar nicht nur im Bereich der Kontaktpflege, sondern auch bei der Beschäftigung mit Angelegenheiten sonst fremder Fächer, die zwangsläufig etwa im Bereich der Berufungen stattfand. Hilfreich für ein interdisziplinäres Klima war es auch, dass die Mediziner die Natur- und Geisteswissenschaften ausdrücklich als „Nebendisziplinen“²⁵ der Medizin ansahen, dass also die neuen Fakultäten zunächst hauptsächlich der Verbesserung der Medizinerausbildung dienen sollten und daher nicht so sehr als Konkurrenz, sondern eher als sinnvolle Ergänzung angesehen werden konnten. Dass diese Perspektive der Gründung der neuen Fächer einen gewissen An Schub und eine Lobby in der alten Fakultät gab, liegt auf der Hand, – ebenso jedoch, dass die neuen Fakultäten mittelfristig ein eigenes Profil gewinnen mussten.²⁶

Es waren aber nicht so sehr diese Probleme, die der jungen Universität bundesweite Aufmerksamkeit brachten. Diese entstand vielmehr aus dem Streit um ihre Benennung. Hier bündelten sich viele der Schwierigkeiten, die in den ersten Jahren zu bewältigen waren, weshalb auch eine kursorische Universitätsgeschichte nicht darauf verzichten kann, sie zu diskutieren. Der Konflikt wurde auf mehreren Ebenen ausgetragen: auf der der Generationen, der der erwarteten fachlichen Fokussierung, der der inneruniversitären Spannungen bei der Ausgestaltung einer neuen Verfassung sowie schließlich auf der Ebene des Verhältnisses der Universität zu Staat und Öffentlichkeit in der Frage der Hochschulautonomie.

Wegen der Vielschichtigkeit der Problematik wird im Folgenden darauf verzichtet, den Namensstreit über die ersten fünf Jahren hinaus zu verfolgen, zumal der Stand der Sicherung der einschlägigen Quellen zwar neue Einsichten, aber keine abschließende Beurteilung erlaubt.

²³ Siehe z. B.: Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 5, 8: Protokoll Kuratorium, 6.2.1968.

²⁴ Hüttenberger (1986: 24).

²⁵ Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 2, 149: Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Akademischen Rates am 25.5.1964. Siehe dazu auch: Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 2, 76: Protokoll Kuratorium, 12.2.1964. Vgl. Hüttenberger (1986: 19f.).

²⁶ Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 6, 116: Entwurf eines Memorandums zum Universitätsausbau, o.D. (1967).

Anfänglich war die Frage der Benennung nicht mehr als ein Gedankenspiel: Sie tauchte in der Presse zugleich mit den Berichten über die Umwandlung der Medizinischen Akademie in eine Universität auf.²⁷ Der Düsseldorfer Oberstadtdirektor Gilbert Just schlug vor, die Universität nach Heinrich Heine zu benennen. Ebenfalls in der Presse genannt wurde „Jan-Wellem-Universität“ – ein Vorschlag, der angeblich aus dem Künstlermilieu stammte.²⁸

Von einer ernsthaften Debatte kann man zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht ausgehen. Dies verdeutlicht u. a. der Beschluss der Düsseldorfer Heine-Gesellschaft von Januar 1966, sich bezüglich der Benennung Zurückhaltung aufzuerlegen.²⁹

Politische Brisanz erfuhr die Thematik erstmals im Juli 1967: In den *Düsseldorfer Nachrichten* wurden Auszüge eines Briefes von Fritz Hellendall, einem in London lebenden deutsch-jüdischen Emigranten, an Just veröffentlicht. Hellendall bemängelte das von ihm als unzureichend empfundene Gedenken an Heine in seiner Vaterstadt und stellte die provokante Frage, ob Düsseldorf sich des „größten Sohnes ihrer Stadt schäme“.³⁰ Als Reaktion darauf schlug Just erneut die Benennung der Universität nach Heinrich Heine vor, verwies aber auf den Kultusminister als oberste Entscheidungsinstanz.³¹

Zu einer ernsthaften Debatte entwickelte sich die Frage jedoch erst gegen Ende des Jahres 1968: Im Zeitraum vom 30. Oktober bis 9. November wurde auf Initiative von vier Professoren (Ludwig Schrader, Romanistik, Helmut A. Benning, Anglistik, Georg Stötzel, Ältere Germanistik und Manfred Windfuhr, Leiter der 1963 eingerichteten Arbeitsstelle für die Düsseldorfer Heine-Gesamtausgabe und designierter Lehrstuhlinhaber für Neuere Germanistik) sowie sechs Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern ein Votum für die Benennung der Universität nach Heine durchgeführt, das 122 Vertreter des akademischen Mittel- wie des Überbaus aus dem medizinisch-naturwissenschaftlichen und dem geisteswissenschaftlichen Bereich unterzeichneten.

Das Votum war umfassend begründet: Angeführt wurden neben der Weltgeltung Heines, die bei einer Benennung nach ihm das internationale Ansehen der gesamten Universität vermehren könne, die Symbolfigur Heine als geistiger Mitbegründer und Vorkämpfer für Liberalität und Demokratie in Zeiten „konservativster monarchischer Politik“, die universelle Gelehrsamkeit Heines, die die künftige Gesamtuniversität mit demnächst drei Fakultäten gut repräsentieren könne, und schließlich die „gute“ Tradition der Namensgebung nach bedeutenden Vorbildern.³²

Schon die große Zahl der Unterstützer innerhalb der Universität erforderte eine Stellungnahme. Als Antwort und gewissermaßen als erste offizielle Amtshandlung (die Rektoratsübergabe war am 6. November erfolgt) gab daher der neue Rektor Alwin Diemer am 8. November 1968 eine vierseitige ablehnende und in der Diktion schroffe Presseerklärung heraus. Darin verwies er den Urheber des Votums auf außerhalb der Universität, indem er als Absender einen „Herrn der Landes- und Stadtbibliothek“ ausmachte, womit Windfuhr als Bearbeiter der dort angesiedelten Heine-Gesamtausgabe gemeint war.

²⁷ Vgl. *Düsseldorfer Nachrichten* vom 19.11.1965.

²⁸ Vgl. *Die Welt* vom 24.11.1965.

²⁹ Vgl. *Düsseldorfer Nachrichten* vom 24.1.1966.

³⁰ Vgl. *Rheinische Post* vom 28. 7.1967.

³¹ Vgl. *Düsseldorfer Nachrichten* vom 29.7.1967.

³² Universitätsarchiv Düsseldorf 7/ 18, 12: Votum für „Heinrich-Heine-Universität“.

Unter Verweis auf die Tradition der Namensgebung von Universitäten im 19. Jahrhundert erklärte er auch die Bestrebungen einer Benennung nach Heinrich Heine zu einem Personenkult und einem „alten Zopf“. In Bezug auf die Geisteswissenschaftler schrieb er, diese machten den Eindruck, sie könnten den Wert ihrer Wissenschaft nur durch einen „Reklamenamen“ mehren. Wenn überhaupt ein Name zur Debatte stehe, könne es nur einer aus dem medizinisch-naturwissenschaftlichen Bereich sein. In Bezug auf Heines Verhältnis zu Universität und Wissenschaft zitierte Diemer Passagen aus einer Publikation Windfuhrs über das ablehnende Verhältnis Heines zur Universität in der „Harzreise“. Einer der später häufig zitierten Sätze der Presseerklärung lautete: „Gebt der Wissenschaft, was der Wissenschaft ist und gebt Heine, was Heines ist.“³³

Als damals höchstes Gremium der Universität entschied der kleine Senat dann in seiner Sitzung am 18. November 1968, der Universität Düsseldorf „keinen sonstigen Namen“ beizugeben und außerdem die Fakultäten zu bitten, sie mögen veranlassen, dass „keine weiteren Aktionen erfolgen“.³⁴

Damit war das Problem allerdings nicht gelöst. Mediziner, die gegen eine Benennung nach Heine waren, wiesen darauf hin, dass der fachliche Fokus auf der Medizin bleiben müsse.³⁵ Dass der begründete Hinweis auf den medizinischen Schwerpunkt der Universität in der Öffentlichkeit in der Frage der Namensgebung teilweise den Eindruck konservativer Besitzstandswahrung erweckte, verursachten besonders Äußerungen des Anatomen Anton Kiesselbach, der die Kollegen der Philosophischen Fakultät als „Unruhestifter“ ausmachte und sogar eine Ausklammerung der medizinischen Fakultät aus der Universität empfahl.³⁶

Die Unsicherheit der weiteren Universitätsentwicklung beeinflusste auch die Struktur und Besetzung der Universitätsgremien. Die Initiatoren des Votums, die aus dem geisteswissenschaftlichen Bereich stammten, konnten daher zu Recht darauf hinweisen, dass der Senat bei seiner Entscheidung keine adäquate Interessenvertretung der Gesamtuniversität darstellte: Die kombinierte Naturwissenschaftlich-Philosophische Fakultät wurde erst im Januar 1969 getrennt, und die Votisten hatten ausdrücklich auf den künftigen Status der Universität mit drei Fakultäten hingewiesen.³⁷

Nachdem der Senat die Änderung des Namens abgelehnt hatte, beharrte er jedoch auf der Endgültigkeit der Entscheidung und versuchte künftig, alle Bestrebungen einer Erweiterung der Diskussion auf einer breiteren inner- oder außeruniversitären Ebene möglichst zu unterbinden: So entschied er, Windfuhrs mehrmaliger Forderung nach einer öffentlichen Podiumsdiskussion nicht nachzugeben.³⁸

³³ Alwin Diemer: Presseerklärung, in: Universitätsarchiv Düsseldorf 7/ 4, 422.

³⁴ Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 5, 90: Protokoll Senat, 18.11.1968.

³⁵ Etwa: Hans Schadewaldt, der eine Benennung nach einem berühmten Düsseldorfer Mediziner wie Arthur Schlossmann oder Walter Kikuth vorschlug.

³⁶ „Ich verfolge die Entwicklung der Philosophischen Fakultät mit großem Unbehagen, um so mehr, als z. B. ein Professor, der noch nicht zu unserem Lehrkörper gehört und hier noch keine Vorlesung gehalten hat, taktlos und dreist durch eine demokratische Vergewaltigung einen Namen für die Universität erzwingen will.“ (Interview mit Anton Kiesselbach, in: *Düsseldorfer Nachrichten* vom 25.1.1969)

³⁷ Noch 1971 bemängelte die Philosophische Fakultät die Entscheidung des Akademischen Rates, für die geisteswissenschaftliche Fakultät nur zwei Vertreter für sechs Fachbereiche zuzulassen. Vgl. Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 5, 241: Protokoll der Sitzung des Akademischen Rates am 10. 2.1971.

³⁸ Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 5, 91: Protokoll der Senatssitzung am 20.1.1969. Vgl. auch die Äußerungen Windfuhrs in einem Gespräch mit dem Rektor am 20.1.1969, in: Universitätsarchiv Düsseldorf 7/ 4, 422, und in einem Brief an den Senat vom 25.2.1969, in: Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 5, 91.

Im Kontext des in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ausgetragenen Konfliktes zwischen Autonomieansprüchen der Universitäten und staatlicher Kontrolle wurden öffentliche und staatliche Stellungnahmen in der Frage nach der Universitätsbenennung als Eingriff in die Autonomie aufgefasst, und dies mag die Bestrebungen des Senats erklären, die Debatte nicht auf eine außeruniversitäre Ebene zu erweitern. Das Argument der zu wahrenen Hochschulautonomie, aus Sicht der Universität ein zentrales, wurde von der Öffentlichkeit in der Frage der Universitätsbenennung jedoch als Ausweichmanöver empfunden.

Bereits am 8. November 1968 hatte die *Rheinische Post* Auszüge eines Briefes Fritz Hellendalls abgedruckt, in der er die ihm kolportierten Gerüchte über einen Widerstand der Mediziner gegen Umbenennungspläne in Beziehung zu „alten Kräften der Reaktion setzte.“³⁹

Die im In- und Ausland vermutete Kontinuität der deutschen und insbesondere der Düsseldorfer Heine-Ablehnung zeigt besonders deutlich den Gegensatz zwischen deutscher und ausländischer Heine-Rezeption der Nachkriegszeit, zumal weder auf der Seite der Studierenden der Universität noch der Düsseldorfer Bürger anfänglich wirkliches Interesse an der Benennung nach Heinrich Heine herrschte.⁴⁰

Sowohl auf diese Schiefelage in der Wahrnehmung der Symbolhaftigkeit Heines als auch auf die negativen Auswirkungen des Ansehens von Stadt und Universität wies die Heine-Gesellschaft in einem offenen Brief hin. Sie empfahl als einzige Lösung ein Bekenntnis der Universität zu Heinrich Heine.⁴¹ Diese wohl begründeten Überlegungen wurden dann aber teilweise überlagert von persönlichen Differenzen, so dass in der Öffentlichkeit der unzutreffende Eindruck entstand, die Ablehnung läge allein an einer reaktionären Haltung des Rektors Diemer.⁴²

Dies verdeutlicht auch die Empfehlung der 1968 gegründeten Heine-Bürgerinitiative an die Mitglieder des akademischen Rates zur Rektorwahl des Jahres 1970, eingedenk der „unglücklichen politischen Richtlinien“ des bisherigen Rektors und der daraus resultierenden Rufschädigung der Universität, einen Rektor zu wählen, der der Frage der Namensgebung positiv gegenüberstehe.⁴³ Mit der Wahl von Carl-Heinz Fischer folgte dann tatsächlich der Versuch einer Entideologisierung der Debatte. Fischer willigte in ein Treffen mit den Vertretern der Bürgerinitiative ein, in dessen Verlauf Diskussionsbereitschaft signalisiert wurde.⁴⁴

³⁹ Vgl. *Rheinische Post* vom 8.11.1968.

⁴⁰ In einer vom Asta durchgeführten Umfrage stimmten 70 Prozent der Studierenden für die Beibehaltung des Namens „Universität Düsseldorf“. Vgl. *Düsseldorfer Nachrichten* vom 20.11.1968 und *Rheinische Post* vom 22.1.1969. Dieses studentische Desinteresse verkehrte sich später ins Gegenteil, vgl. dazu: Ehlert (1994: 4-15).

⁴¹ Universitätsarchiv Düsseldorf 7/ 4, 422: Offener Brief der Heinrich-Heine-Gesellschaft vom 30.11.1969, und Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 5, 90: Protokoll der Senatssondersitzung am 4.2.1969.

⁴² Anlass dafür war ein Artikel Fritz Hellendalls in der New Yorker Zeitschrift *Aufbau* vom 17.1.1969, bei dessen Lektüre Zweifel an der politischen Integrität Diemers entstehen konnte. Der sich daraufhin entwickelnde Streit zwischen Diemer und Hellendall gipfelte in einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Diemer. Vgl. die gesammelte Korrespondenz dazu in: Universitätsarchiv Düsseldorf 7/ 4, 422.

⁴³ Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 5, 198: Offener Brief der Bürgerinitiative Heinrich-Heine-Universität an den Akademischen Rat vom 11.2.1970.

⁴⁴ Vgl. *Rheinische Post* vom 14.11.1970 und Universitätsarchiv Düsseldorf 1/ 5, 93.: Protokoll der Senatssitzung vom 14.12.1970.

Der weitere Verlauf des Namensstreits, der sich ja noch bis in die späten 1980er Jahre hinziehen sollte, kann hier nicht untersucht werden. Wichtig ist indes festzustellen, dass es um mehr ging, als um die bloße Ehrung eines großen Dichters. Es ging von Anfang an auch um die Verortung der Universität insgesamt, um ihre Verfassung, dabei insbesondere um die Mitbestimmungsrechte von Mittelbau und Studierendenvertretern sowie um den Proporz zwischen den Fakultäten, um die Hochschulautonomie und nicht zuletzt auch um die Frage, wen man als Namenspatron bevorzugte. Dieses Bündel von miteinander verquickten Problemen – beispielsweise konnte ein Ordinarius zwar persönlich ein Heine-Befürworter, in seinem Stimmverhalten aber ein Gegner sein, um die Integrität des Senatsbeschlusses zu wahren und der Öffentlichkeit kein Hereinwirken in die autonome Sphäre der Universität zu gestatten – lud den Konflikt mit einer letztlich unnötigen Schärfe auf. Dass dies möglich war, lag zu einem Gutteil an der noch unfertigen Struktur der Universität und an der „schleichenden“ Form des Aufbaus. Das Fehlen einer klaren Verfassung und eines Gründungsplanes in Verbindung mit den sich ständig durch Neuberufungen und Einstellungen ändernden Mehrheitsverhältnissen gab jeweils Befürwortern wie Gegnern genügend Argumente für ihre Sicht. Nicht zufällig trat man daher in die nächste heiße Phase des Namensstreits in den Jahren 1972 und 1973 ein, als der Satzungskonvent eine neue Verfassung erarbeitete. Der Namensstreit und die zeitweilige Schärfe seiner Austragung waren also zum Teil auf die „schleichende“ Universitätsgründung zurückzuführen, die die Protagonisten im Unklaren ließ sowohl über die Verfassung und Mitbestimmungsrechte als auch über Ziel und Selbstverständnis der Hochschule insgesamt. Der politische Winkelzug, eine Universitätsgründung ohne Plan und ohne feste Zusagen für die für den Ausbau notwendigen Mittel und Stellen „schleichend“ durchzusetzen, wirkte sich hier eher negativ aus. Auch sonst hatte er manchen Engpass und auch manche Enttäuschung zur Folge. Eine Gründerzeit, in der Geld keine oder nur eine geringe Rolle spielt, hat es in Düsseldorf nicht gegeben. Insgesamt wurde jedoch in den ersten fünf Jahren ein angesichts der häufig notwendigen Improvisationen und der hochschulpolitisch unruhigen Zeitläufe erstaunlich tragfähiges Fundament für eine Hochschule geschaffen, die mehr darstellt, als eine Medizinische Fakultät mit einem Kranz von Nebengewissenschaften.

Bibliographie

- DÜWELL, Kurt. „‘Am Anfang waren’s vier’. Die Hochschullandschaft NRW nach 1946“, in: MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hrsg.). *Gaudeamus ... Das Hochschulland wird 50. Eine Ausstellung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen*. Düsseldorf 1996, 12-25.
- EHLERT, Holger. „Die Geschichte der Namensgebung oder: Eine Geschichte voller Rätsel und Schmerzen“, in: FACHSCHAFT GERMANISTIK UND FACHSCHAFT PHILOSOPHIE DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF (Hrsg.). *Land der Rätsel und der Schmerzen. Broschüre der Studierenden der Heinrich-Heine-Universität zum fünften Jahrestag der Benennung der Universität Düsseldorf nach Heinrich Heine*. Düsseldorf 1994, 4-15.
- GATTERMANN, Günter: „Paul Mikat, Gründervater der Universität Düsseldorf“, in: PRESSESTELLE DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF (Hrsg.). *Der Gründervater. Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Paul Mikat zum 75. Geburtstag*. Düsseldorf 2000, 15-24. (Düsseldorfer Uni-Mosaik; 10)

- HÜTTENBERGER, Peter. „Die Gründung der Universität Düsseldorf“, in: PRESSESTELLE DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF (Hrsg.). *Universität Düsseldorf. Festschrift zum 20jährigen Bestehen. 16. November 1985*. Düsseldorf 1986, 18-24. (Düsseldorfer Uni-Mosaik; 3)
- PLASSMANN, Max. „Der lange Weg der Medizinischen Akademie Düsseldorf zur Universität. Quellen zu ihrer Position in der deutschen Hochschullandschaft, 1907-1965“, in: Max PLASSMANN (Hrsg.). *Bewahren und Gestalten. Ein Jahr Universitätsarchiv Düsseldorf*. Düsseldorf 2002, 47-56.
- SCHADEWALDT, Hans (Hrsg.). *Universität Düsseldorf*. Basel 1966.
- SCHADEWALDT, Hans (Hrsg.). *Von der Medizinischen Akademie zur Universität Düsseldorf. 1923-1973. Festschrift anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Gründung der Medizinischen Akademie am 13. Mai 1923*. Berlin 1973.